Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

13.05.1993 - Beschlußprotokoll 32. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
32. Sitzung
13. 05. 93
Nr. 13/456 — 13/482

Nr. 13/456

Klöckner-Stahl als integrierten Stahlstandort für den Unterweserraum erhalten

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU
vom 12. Mai 1993
(Drucksache 13/563)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Bemühungen der letzten Monate, den Stahlstandort Bremen als integrierten Stahlstandort im Rahmen der Eröffnung eines Vergleichsverfahrens zu erhalten.

Eine Lösung, die vorsieht, die Rohstahlproduktion einzustellen und nur das Kaltwalzwerk weiterzuführen, würde die erklärte Absicht des Vergleichs — den integrierten Stahlstandort Bremen zukunftssicher zu erhalten — gefährden.

Tausende von Arbeitsplätzen in dem Unterweserraum wären davon betroffen.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert nachdrücklich an alle Beteiligten, daß die bisherigen und laufenden Bemühungen, den integrierten Stahlstandort zu erhalten, konsequent fortgeführt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die Hütte Bremen durch das Angebot der Stillegung des kleinen Hochofens ihren Anteil am Kapazitätsabbau leisten wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß auf der Grundlage des Vergleichskonzeptes die Stahlfertigung insgesamt fortgesetzt wird und damit eine größtmögliche Zahl von Arbeitsplätzen gesichert werden kann.

Der Erfolg des Bremer Sanierungsprogramms wird erleichtert, wenn neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine möglichst große Zahl von bestehenden Arbeitsplätzen in Bremen erhalten wird.

Nr. 13/457

Bremische Entwicklungszusammenarbeit

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 1. März 1993
(Drucksache 13/507)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. März 1993
(Drucksache 13/525)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/458

Bremische Entwicklungszusammenarbeit

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/552)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/459

Bremische Entwicklungszusammenarbeit

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 12. Mai 1993
(Drucksache 13/562)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die vom Senat dargestellten Zielsetzungen und Schwerpunkte der bremischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Entwicklungszusammenarbeit auf Ebene der Länder und Kommunen ist weiter zu unterstützen.

Die Durchführung konkreter Projekte und Bildungsmaßnahmen vor Ort sind am besten geeignet, die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Für diese Arbeit ist die Einbeziehung der heimischen Bevölkerung und auch die enge Kooperation mit Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) unabdingbare Voraussetzung.

Nur so kann Entwicklungszusammenarbeit dazu dienen, die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen zu verbessern, unter Wahrung einer lebenswerten Umwelt.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, die Ergebnisse des Umweltgipfels in Rio schrittweise umzusetzen. Dazu gehören:

- Verringerung des CO_2-Ausstoßes um 30 % bis zum Jahre 2005,
- Schuldenerlaß gegenüber den Entwicklungsländern,
- Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis zu 0,7 % des Bruttosozialproduktes.

Bund und Länder sind aufgefordert, die Ziele ihrer Entwicklungspolitik an den Ergebnissen des Rio-Umweltgipfels zu orientieren.

Nr. 13/460

Vereinfachung und Kostensenkung durch Änderung des Wahlverfahrens zu den Arbeitnehmerkammern (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Mai 1993
(Neufassung der Drs. 13/539 vom 26. 04. 93)
(Drucksache 13/550)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Gesetzesantrag in erster Lesung ab.

Nr. 13/461

Verfassungskommission: Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes

Antrag der Fraktionen DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 27. April 1993
(Drucksache 13/541)

Der Senat wird aufgefordert, durch seine Vertreterinnen und Vertreter in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat darauf hinzuwirken, daß das Grundgesetz wie folgt geändert wird:

Artikel 3 ist um eine Verpflichtung des Staates, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen und zu sichern, zu ergänzen. Des weiteren ist dabei klarzustellen, daß Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Benachteiligungen von Frauen keine Bevorzugung und Benachteiligung im Sinne des Artikels 3 sind. Darüber hinaus ist ein mittelbares und unmittelbares Diskriminierungsverbot aufzunehmen, das Menschen wegen ihrer sexuellen Identität vor Benachteiligungen schützt.

Die Verfassung ist so zu formulieren, daß so weit wie möglich geschlechtsneutrale Personen- und Funktionsbezeichnungen gebraucht und im übrigen feminine und maskuline Bezeichnungen in voll ausgeschriebener Form verwendet werden.

Nr. 13/462

Klarstellung von Artikel 3 Abs. 2 GG
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/553)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/463

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes (Änderung des Zählverfahrens)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Januar 1992
(Drucksache 13/42)

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch den Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze" (Drucksache 13/546).

Nr. 13/464

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes (Stärkung privater Rundfunkveranstalter)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Januar 1992
(Drucksache 13/43)

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch den Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze" (Drucksache 13/546).

Nr. 13/465

Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1992
(Drucksache 13/171)

Das Gesetz ist erledigt durch den Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze" (Drucksache 13/546).

Nr. 13/466

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze" (Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften) vom 29. April 1993
(Drucksache 13/546)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/554)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze" Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 13/467

Gentechnisch veränderte Lebensmittel in der EG
Große Anfrage der Fraktionen DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 1. Februar 1993
(Drucksache 13/467)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 1993
(Drucksache 13/500)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/468

Ausschreibung von Stellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 1993
(Drucksache 13/498)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß „Reform des öffentlichen Dienstrechts".

Nr. 13/469

Gesetz zu dem Abkommen über die Zuständigkeit des Landgerichts Hamburg für Rechtsstreitigkeiten über technische Schutzrechte
Mitteilung des Senats vom 9. März 1993
(Drucksache 13/514)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/470

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19
vom 23. März 1993
(Drucksache 13/529)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/471

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 20
vom 20. April 1993
(Drucksache 13/535)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/472

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21 vom 4. Mai 1993
(Drucksache 13/547)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/473

15. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1993
(Drucksache 13/520)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 15. Jahresbericht zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß.

Nr. 13/474

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 20. April 1993
(Drucksache 13/536)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/475

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Fernunterrichtswesen vom 16. Februar 1978
Mitteilung des Senats vom 27. April 1993
(Drucksache 13/543)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/476

Wahlen in den Untersuchungsausschuß „Stadtwerke"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Christian Weber

anstelle des Abgeordneten Reinhard Barsuhn zum Mitglied sowie die Abgeordnete

Jutta Kellmann-Hoppensack

anstelle des Abgeordneten Walter Liebetrau, die Abgeordnete

Hella Poppe

anstelle des zum Mitglied gewählten Abgeordneten Christian Weber sowie den Abgeordneten

Klaus Blome

anstelle des Abgeordneten Peter Nennstiel zu stellvertretenden Mitgliedern.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Christian Weber

zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

Nr. 13/477

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt durch Zuwahl des Abgeordneten

Hans Altermann

zum Mitglied sowie des Abgeordneten

Peter Nennstiel

zum stellvertretenden Mitglied eine Erweiterung dieses Ausschusses auf 13 Mitglieder.

Nr. 13/478

Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

Die Deputierte Frau Anna Absolon hat ihren Austritt aus dieser Deputation erklärt.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Hans Altermann

in die Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven.

Nr. 13/479

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel

Der Abgeordnete Peter Sakuth hat seinen Austritt aus dieser Deputation erklärt.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Jens Meier-Hedde

anstelle des Abgeordneten Ronald-Mike Neumeyer sowie den Abgeordneten

Hans Altermann

in die staatliche Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel.

Nr. 13/480

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Mediengesetze"

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt durch Zuwahl des Abgeordneten

Hans Altermann

zum Mitglied sowie des Abgeordneten

Peter Nennstiel

zum stellvertretenden Mitglied die Erweiterung dieses Ausschusses auf 13 Mitglieder.

Nr. 13/481

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jürge J a n k e

anstelle des Abgeordneten Claus Dittbrenner zum ordentlichen Mitglied sowie den Abgeordneten

Claus D i t t b r e n n e r

anstelle des Abgeordneten Peter Sakuth zum stellvertretenden Mitglied.

Nr. 13/482

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwurf eines Verwaltungsabkommens über die Entwicklung im Bereich Luneplate/Luneort
   Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1993
   (Drucksache 13/478)

2. Konzentration der Asylangelegenheiten
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 15. Februar 1993
   (Drucksache 13/486)

3. Einsatzreserve bei der Polizei
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 15. Februar 1993
   (Drucksache 13/487)

4. Scheinehen
   Antrag der Gruppe der NK
   vom 17. Februar 1993
   (Drucksache 13/497)

5. Trinkwasserversorgungsbericht des Landes Bremen — Fortschreibung 1992
   Mitteilung des Senats vom 23. Februar 1993
   (Drucksache 13/501)

6. Mehr Sicherheit für unsere Bürger
   Antrag der Gruppe der DVU
   vom 1. März 1993
   (Drucksache 13/506)

7. Asylbewerber: Unterkunftskontrolle
   Antrag der Gruppe der DVU
   vom 2. März 1993
   (Drucksache 13/509)

8. Empfehlungen zur Schulentwicklung — Bericht der Kommission zur Weiterführung der Schulreform in Bremen
   Mitteilung des Senats vom 2. März 1993
   (Drucksache 13/510)

9. Verkürzung der gymnasialen Schulzeit
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 17. März 1993
   (Drucksache 13/523)

10. Bericht der Schulreformkommission
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 6. Mai 1993
(Drucksache 13/548)

11. Reform des bremischen Schulsystems
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 1993
(Drucksache 13/551)

12. Fangquoten für deutsche Fischereifahrzeuge
Antrag der Gruppe der NK vom 5. März 1993
(Neufassung der Drs. 13/512 vom 05. 03. 93)
(Drucksache 13/513)

13. Rückgabe der von den US-Streitkräften im Jahre 1954 zu Unrecht beschlagnahmten bzw. enteigneten Grundstücke in Bremerhaven (Blinksiedlung)
Antrag der Gruppe der NK
vom 15. März 1993
(Drucksache 13/519)

14. Geriatrische Versorgungseinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 17. März 1993
(Drucksache 13/524)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. April 1993
(Drucksache 13/537)

15. Zeit- und Maßnahmenkatalog zum Investitionssonderprogramm des Sanierungsprogramms
Mitteilung des Senats vom 23. März 1993
(Drucksache 13/530)

16. Linker Terror gegen DVU
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 1. April 1993
(Drucksache 13/532)

17. Verzögerung der Vorbereitung für die Nutzung des Geländes der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. April 1993
(Drucksache 13/533)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. April 1993
(Drucksache 13/544)

18. Schlechte Bewertungen für die Universität Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. April 1993
(Drucksache 13/534)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Mai 1993
(Drucksache 13/558)

19. World Trade Center/Asia Pacific Center (WTC/APC)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. April 1993
(Drucksache 13/540)

Druck: Hans Krohn, Bremen